

Formulierungsvorschlag für den Koalitionsvertrag 2021 zwischen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP.

Rechtliche Betreuung

Berufsbetreuer*innen müssen weiterhin der Garant dafür sein, dass die Grundrechte der Betroffenen gewahrt werden und Dritte nicht in ihre Rechte eingreifen. Wir streben eine stärkere Professionalisierung von Berufsbetreuung an.¹ Notwendige - für die Berufsausübung wichtige - Kenntnisse sollten im Rahmen von Sachkundeführungen vermittelt werden.²

Zeigt die gesetzlich vorgesehene Evaluation der Betreuervergütung in 2024 einen Anpassungsbedarf, sollte der Gesetzgeber diesen schnell umsetzen. Grundsätzlich ist eine dynamische Anpassung der Vergütung ein etabliertes Modell, dessen sich der Gesetzgeber bereits in anderen Bereichen bedient hat.³ Außerdem sollen im Rahmen der Neuregelung der Vergütung eine Aufnahme sämtlicher Kosten für Gebärdensprache und andere Kommunikationshilfen zur Überwindung von Kommunikationsbarrieren als erstattungsfähige Aufwendungen anerkannt werden.⁴

Mit steigendem Maß an Professionalisierung wird die Notwendigkeit einer Instanz, die Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung und Professionsentwicklung übernimmt, immer klarer. Daher muss eine berufsständische Selbstverwaltung und eine Berufsaufsicht im Rahmen einer Betreuerkammer diskutiert und konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden.⁵

Rechtliche Betreuung basiert auf eine Vertrauensbeziehung. Wir werden deshalb die Strafprozessordnung um ein Zeugnisverweigerungsrecht für rechtliche Betreuer*innen ergänzen.⁶

¹ Auszug aus der Antwort von Bündnis90/Die GRÜNEN auf Wahlprüfstein 1 des BdB e.V., wobei wir den Begriff ‚weiterhin‘ eingefügt haben. Schließlich sind Betreuer*innen bereits Garanten für die Rechte der Klient*innen. Wir wählen die Formulierung ‚anstreben‘, da der Koalitionsvertrag eine klare Richtung anzeigen sollte.

² Auszug aus der Antwort der Freien Demokratischen Partei (FDP) auf Wahlprüfstein 1

³ Aus der Antwort der Freien Demokratischen Partei (FDP) auf Wahlprüfstein 4, wobei wir den, laut Gesetz vorgesehenen, Zeitpunkt für die Evaluierung eingefügt haben und von Anpassungsbedarf sprechen.

⁴ Aus der Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) auf Wahlprüfstein 3

⁵ In Anlehnung an die Antwort von Bündnis90/Die GRÜNEN auf Wahlprüfstein 6

⁶ In Anlehnung an die Antwort von Bündnis90/Die GRÜNEN auf Wahlprüfstein 7